

Rahmenvereinbarung

über die Durchführung von Beförderungsleistungen

zwischen der

Stadt Bad Aibling

Am Klafferer 4

D - 83043 Bad Aibling

- im folgenden **Auftraggeberin** genannt –

und

Firma XXX

- im folgenden **Auftragnehmerin** genannt -

wird folgender Vertrag geschlossen:

§ 1

Vertragsgegenstand

Die Auftraggeberin beauftragt den Auftragnehmer mit der Durchführung der Beförderung im Rahmen des sogenannten Moor-Expresses als Linienverkehr mit Kraftfahrzeugen nach § 42 PBefG nach Maßgabe der Bestimmungen dieses Vertrages, der Vergabeunterlagen zur Ausschreibung (Anlage 1) dieses Vertrages und dem Angebot des Auftragnehmers vom XXX (Anlage 2):

XXX

§ 2

Vertragsbestandteile

Als Vertragsbestandteile gelten ergänzend und nachrangig zu den Regelungen dieses Vertrages in folgender Reihenfolge:

- die Leistungsbeschreibung der Ausschreibung inkl. sämtlicher Anlagen (als Anlage 1 zu diesem Vertrag)
- das Angebot des Auftragnehmers vom XXX (als Anlage 2 zu diesem Vertrag)

Die Allgemeinen Geschäftsbedingungen des Auftragnehmers sind ausgeschlossen.

§ 3

Allgemeine Leistungspflichten des Auftragnehmers

Der Auftragnehmer erbringt die Leistung in eigener Verantwortung. Er verpflichtet sich, die zur Sicherstellung einer ordnungsgemäßen Leistungserbringung notwendigen technischen und organisatorischen Voraussetzungen zu schaffen, sowie die einschlägigen technischen und gesetzlichen Vorschriften einzuhalten. Er verpflichtet sich weiterhin, die zur Leistungserbringung erforderlichen öffentlich-rechtlichen Genehmigungen bei den zuständigen Behörden einzuholen und über die Dauer der Leistungserbringung aufrecht zu erhalten. Dem Auftragnehmer obliegt die Verkehrssicherungspflicht für alle im Zusammenhang mit der Leistungserbringung stehenden Tätigkeiten.

§ 4

Leistungsumfang, Durchführung der Beförderung

1. Grundlage für die Durchführung der Beförderungsleistungen ist der von dem Auftraggeber jeweils freigegebene Fahrplan. Während der Vertragslaufzeit können sich Änderungen im Leistungsumfang ergeben.
2. Die vom Auftragnehmer für die Durchführung der Beförderung einzusetzenden Fahrzeuge müssen den Vorgaben aus dem Angebot gemäß Anlage 2 dieses Vertrages entsprechen.
Für die Ausstattung und den Zustand des Fahrzeuges sind die Vorgaben in der Anlage 1 dieses Vertrages maßgeblich. Bei Fahrzeugausfall ist der Auftragnehmer verpflichtet, ein geeignetes Ersatzfahrzeug zu stellen und den Auftraggeber hierüber zu unterrichten.
3. Im Übrigen hat der Auftragnehmer die Beförderungsleistungen nach Maßgabe der Vorgaben in Anlage 1 dieses Vertrages zu erbringen.

§ 5

Personal und Verwaltungsvorschriften

1. Der Auftragnehmer stellt die erforderlichen Arbeitskräfte. Er verpflichtet sich, ausschließlich zuverlässiges und geeignetes Personal für die Leistungsdurchführung einzusetzen. Der Auftragnehmer beschäftigt keine Person, die rechtskräftig wegen einer Straftat nach den §§ 171, 174 bis 180, 180a, 181a, 182, 183 bis 184f, 225, 232 bis 233a, 234, 235 oder 236 Strafgesetzbuch (StGB) verurteilt worden ist. Zu diesem Zweck lässt er sich von seinen im Fahrdienst eingesetzten Beschäftigten vor Beginn der Tätigkeit und regelmäßig in Abständen von fünf Jahren ein Führungszeugnis mit erweitertem Eintragungsumfang gemäß § 30a Bundeszentralregistergesetz (BZRG) vorlegen. Auf Verlangen ist der Auftraggeberin im Einzelfall das Vorliegen eines für den Einsatz im Fahrdienst bedenkenlosen Führungszeugnisses zu bestätigen sowie eines aktuellen Personenbeförderungsschein.
Arbeitskräfte, die diesen Anforderungen nicht entsprechen, sind abzulösen. Der Auftraggeber ist berechtigt, das Personal auf Zuverlässigkeit und Eignung zu überprüfen.
2. Die Vorgaben für das eingesetzte Personal gemäß Anlage 1 dieses Vertrages sind zu beachten.
3. Der Schriftverkehr mit dem Auftraggeber erfolgt in deutscher Sprache. Für die Erfüllung der Aufgaben müssen die Kenntnisse der deutschen Sprache des eingesetzten Personals des Auftragnehmers gewährleistet sein.
4. Der Auftragnehmer verpflichtet sich weiterhin,
 - a) das Gesetz zur Bekämpfung von Schwarzarbeit und illegalen Beschäftigung vom 23.07.2004 (in der jeweils geltenden Fassung) zu beachten.
 - b) Arbeitsverträge auch bei geringfügig Beschäftigten schriftlich abzuschließen.
 - c) ausländische Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nur mit gültigen Arbeitsgenehmigungen zu beschäftigen; auf Verlangen des Auftraggebers ist dies nachzuweisen.
 - d) seinen gesetzlichen Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen nachzukommen.
 - e) auf Anforderung die Genehmigung zur gewerblichen Personenbeförderung gemäß Personenbeförderungsgesetz (PeBfG) nachzuweisen.
 - f) der Auftraggeber unverzüglich zu unterrichten, falls er nicht mehr Unternehmer im Sinne der §§ 46 ff. Personenbeförderungsgesetz ist bzw., falls aus den in § 2 PeBfG genannten Gründen die Neuerteilung einer Genehmigung notwendig ist.
 - g) bei der Ausführung der Leistungen keine Bundesfreiwillige einzusetzen. Es sei denn er weist dem Auftraggeber nach, dass sie gemäß § 4 Abs. 1 Satz 2 Zivildienstgesetz (ZDG) durch eine förmliche Anerkennung exakt für diese Tätigkeit berechtigt sind.

5. Der Auftragnehmer hat durch organisatorische Maßnahmen (Bestellung von Ersatzkräften / Anordnung von Überstunden) sicherzustellen, dass durch Personalausfälle infolge Krankheit, Urlaub usw. die Leistungsdurchführung nicht beeinträchtigt wird.

§ 6

Vertraulichkeit und Datenschutz

1. Der Auftragnehmer und das von ihm eingesetzte Personal ist zur Verschwiegenheit über alle personenbezogenen Daten verpflichtet, es sei denn, die Weitergabe der Daten ist zur Durchsetzung von Rechten im Zusammenhang mit diesem Vertrag erforderlich. Diese Pflicht dauert fort, auch wenn die geschäftliche Zusammenarbeit zwischen den Vertragspartnern beendet ist. Das vom Auftragnehmer eingesetzte Personal ist auf die Einhaltung der geltenden gesetzlichen Bestimmungen zur Einhaltung der Schweigepflicht (u. a. § 203 StGB und den datenschutzrechtlichen Bestimmungen der EU, des Bundes und des Landes Niedersachsen) zu verpflichten. Der Auftragnehmer haftet ggf. bei Verstößen gegenüber der Auftraggeber
2. Der Auftraggeber kann den Vertrag aus wichtigem Grund fristlos kündigen, wenn die Auftragnehmerin seiner Pflicht nach § 7 Nr. 1 Satz 1 nicht nachkommt. Verstöße gegen die Pflichten aus § 7 Nr. 1 Satz 3 berechtigen zur fristlosen Kündigung aus wichtigem Grund nur dann, wenn der Auftragnehmer auch nach schriftlicher Aufforderung innerhalb einer zu setzenden Frist die Verpflichtung nicht vollständig erfüllt.

Bei eventuellen Schadensersatzansprüchen von Betroffenen auf Grund der Verletzung von Datenschutzvorschriften kann der Auftraggeber den Auftragnehmer in Regress nehmen.

§ 7

Subunternehmer

Die Übertragung der vertragsgemäßen Verpflichtung auf andere und die Übertragung von Leistungen und Teilleistungen auf Subunternehmer ist grundsätzlich zulässig auf der Basis der Angaben des Ausschreibungsverfahrens. Weitere Ausnahmen von Nachunternehmerleistungen bedürfen einer schriftlichen Vereinbarung.

§ 8

Vergütung und Rechnungsstellung

1. Abgerechnet werden die vom Auftragnehmer angebotene Preise (s. Anlage 2) gemäß Ausschreibung und Angebot. Das umfasst die vollständige und vertragsgemäße Erfüllung der Leistungen.

2. Die Stadt Bad Aibling als Auftraggeberin ist nicht vorsteuerabzugsberechtigt. Die vereinbarten Preise sind Endpreise inklusive aller zum Zeitpunkt der Leistungserbringung gesetzlich gültigen Abgaben und Steuern. Das Risiko des zutreffenden Umsatzsteuerausweises trägt der leistende Auftragnehmer.
3. Die Auftraggeberin hat das Recht, bei unvollständig oder unzulässig ausgeführten Leistungen angemessene Abschläge von der für die Leistung vereinbarten Vergütung vorzunehmen, auch wenn diese, weil sie bei der Begleichung der Rechnung noch nicht erkennbar waren, erst später festgestellt wurden.
Weitergehende Ansprüche der Auftraggeberin insbesondere auf Selbstvornahme, Schadens- und Aufwendungsersatz nach den Regelungen des BGB sowie das Recht der Auftraggeberin zur außerordentlichen Kündigung nach § 13 bleiben unberührt.
4. Der Auftragnehmer hat bis jeweils zum 10. des Folgemonats eine prüffähige Rechnung auszustellen und der Stadt Bad Aibling zur Prüfung vorzulegen. Die Rechnungslegung ist erst nach Ablauf der erbrachten Leistung möglich.
5. Rechnungen sind spätestens 30 Tage ohne Abzug nach Zugang bei der Auftraggeberin fällig.

§ 9

Entgeltanpassung

1. Preisgleitklauseln finden automatisiert keine Anwendung. Es gelten die Bestimmungen der Verfahrensbedingungen der Anlage 1.
2. Das Mehrwertsteueränderungsrisiko verbleibt bei der Auftraggeberin. Sofern die gesetzlichen Mehrwertsteuersätze erhöht oder gesenkt werden, wird das Entgelt entsprechend angepasst.

§ 10

Sorgfaltspflichten und Haftung

1. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, eine Betriebshaftpflichtversicherung gemäß der Eignungsbedingungen der Ausschreibung abzuschließen, über die gesamte Vertragslaufzeit aufrecht zu erhalten und dies der Auftraggeberin auf Verlangen jederzeit nachzuweisen.
2. Der Auftragnehmer haftet für alle Schäden, die durch ihn oder seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter oder die von ihm eingesetzten Unterauftragnehmer und deren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei der Ausführung der Leistungen verursacht worden sind. Von der Haftung wird er – außer bei Schäden aus der Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit

eines Menschen - nur befreit, wenn er den Nachweis dafür erbringen kann, dass die Schäden von ihm oder seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern nicht schuldhaft verursacht worden sind.

3. Der Auftragnehmer stellt die Auftraggeberin von Ersatzansprüchen frei, die gegen die Auftraggeberin aufgrund des Verhaltens des Auftragnehmers und seiner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einschließlich Erfüllungsgehilfen und Erfüllungsgehilfinnen oder aufgrund der vom Auftragnehmer oder seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern einschließlich Erfüllungsgehilfen und Erfüllungsgehilfinnen betriebenen oder geführten Fahrzeugen erhoben werden, sofern eine Haftungsverpflichtung für den Auftragnehmer gegenüber den oben genannten Dritten besteht und soweit der Schaden nicht durch von der Auftraggeberin zu vertretenden Vorsatz oder grobe Fahrlässigkeit entstanden ist oder aus der Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit eines Menschen. Die Auftraggeberin verpflichtet sich in diesem Fall, den Auftragnehmer rechtzeitig von der Einleitung eines entsprechenden Verfahrens gegen ihn zu unterrichten und in Abstimmung mit dem Auftragnehmer die zulässigen Rechtsmittel in den jeweiligen Verfahren auszuschöpfen. Die dadurch bedingten notwendigen Kosten trägt die Auftragnehmerin.
4. Der Auftragnehmer wird der Auftraggeberin unverzüglich darüber informieren, wenn er Kenntnis von Schadensfällen hat, die durch seine vertraglich geschuldeten Leistungen entstanden sein sollen. Für sämtliche Schäden aus einer verzögerten, unzutreffenden oder nicht ausreichenden Unterrichtung des Auftraggebers über Störungen oder Unterbrechungen der Beförderungsleistungen nach diesem Vertrag haftet der Auftragnehmer auch hinsichtlich der Folgeschäden unbeschränkt. Im Schadensfall obliegt dem Auftragnehmer der Nachweis der rechtzeitigen, zutreffenden und vollständigen Unterrichtung der Auftraggeberin.
5. Die Auftraggeberin ist berechtigt, mit den ihm nach Absatz 2 entstehenden Forderungen durch einfache Erklärung gemäß § 387 BGB gegen Forderungen des Auftragnehmers aufzurechnen.

§ 11

Vertragslaufzeit

Der Vertrag tritt am 01.03.2027 in Kraft und wird bis 28.02.2029 abgeschlossen. Die Rahmenvereinbarung kann zweimal um 12 Monate verlängert werden, sofern hierfür in der Vertragslaufzeit eine Begründung entsteht. Sofern die Stadt Bad Aibling das Optionsrecht in Anspruch nimmt, endet der Vertrag zum 28.02.2030 bzw. 2031, ohne dass es einer Kündigung bedarf. Es besteht keine Verpflichtung zur Inanspruchnahme der Verlängerungsoption durch die Stadt Bad Aibling.

§ 12

Außerordentliche Kündigung

1. Die Auftraggeberin ist berechtigt, den Vertrag aus wichtigem Grund fristlos zu kündigen.
Als wichtige Gründe gelten insbesondere:
 - a) Der Auftragnehmer beteiligt sich an wettbewerbsbeschränkenden Absprachen (§ 1 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen).
 - b) Der Auftragnehmer erfüllt nicht seine gesetzlichen Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen oder hat seine krankenversicherungspflichtigen Beschäftigten nicht bei der Krankenkasse angemeldet.
 - c) Der Auftragnehmer gewährt, verspricht oder bietet Personen, die auf Seiten der Auftraggeberin mit der Vorbereitung, dem Abschluss oder der Durchführung des Vertrages befasst sind, mit Rücksicht auf ihre Zugehörigkeit zur Auftraggeberin Vorteile an.
 - d) Der Auftragnehmer stellt seine Zahlungen gegenüber Dritten ein oder es wird das Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares gerichtliches Verfahren gegen ihn eröffnet oder die Eröffnung eines solchen Verfahrens wird mangels Masse abgelehnt.
 - e) Der Auftragnehmer verstößt schwer gegen die Vertragsbestimmungen, so dass es dem Auftraggeber nicht zuzumuten ist, das Vertragsverhältnis fortzusetzen; als derartige Verstöße kommen z.B. in Betracht:
 - Die übernommenen Leistungen werden nicht zu dem von der Auftraggeberin benannten Zeitpunkt oder nicht in der im Vertrag entsprechenden Zeit, Art und Weise, Qualität, ausgeführt.
 - Es werden Arbeitskräfte ohne Arbeitserlaubnis oder Fahrer ohne gültige Fahrerlaubnis zur Fahrgastbeförderung eingesetzt.
 - Der Auftragnehmer kann auf Anforderung nicht nachweisen, dass er im Besitz einer gültigen Genehmigung zur gewerblichen Personenbeförderung gemäß Personenbeförderungsgesetz (PeBfG) ist.
 - Der Auftragnehmer verstößt gegen die Bestimmungen des § 7 Abs. 1 dieses Vertrages.

Besteht der wichtige Grund in der Verletzung einer Pflicht aus dem Vertrag, ist die Kündigung erst nach erfolglosem Ablauf einer vom Auftraggeber gesetzten Frist von 14 Kalendertagen zur Abhilfe oder nach erfolgloser Abmahnung zulässig. Unter den Voraussetzungen des § 323 Abs. 2 des Bürgerlichen Gesetzbuches (BGB) ist die Fristsetzung oder Abmahnung entbehrlich.
2. Auftragnehmer und Auftraggeberin sind berechtigt, den Beförderungsvertrag mit einer 4-wöchigen Frist zu kündigen, wenn sich der Leistungsumfang/die Tageskilometerleistung um

mehr als 25% verändert hat und ein Einvernehmen über eine Preisanpassung nicht erreicht werden kann (siehe § 4 Abs. 1 des Vertrages).

3. Die Kündigung ist schriftlich unter Angabe des Grundes auszusprechen. Entscheidend ist der fristgerechte Eingang der schriftlichen Kündigung bei dem anderen Vertragspartner.

§ 13

Vertragsstrafen

1. Erfüllt der Auftragnehmer die Pflichten aus dem Vertrag nicht oder nicht ordnungsgemäß, so hat der Auftraggeber neben dem Anspruch auf Erfüllung einen Anspruch auf Zahlung einer Vertragsstrafe nach Maßgabe der folgenden Vorgaben.
2. Verletzt der Auftragnehmer schuldhaft seine Verpflichtung zur Beförderung oder unter Verletzung besonders sicherheitsrelevanter Vorgaben in der Anlage 1 dieses Vertrages, verwirkt er in jedem Einzelfall eine Vertragsstrafe in Höhe von 500,00 EUR.
3. Setzt der Auftragnehmer zur Leistungserbringung Unterauftragnehmer ein, ohne dies mit der Auftraggeberin abzustimmen, verwirkt er in jedem Einzelfall eine Vertragsstrafe in Höhe von 1.000,00 EUR.
4. Verstößt der Auftragnehmer schuldhaft gegen die Vorgaben in § 7 Abs. 1 S. 2 und 3 verwirkt er für jeden Fall eine Vertragsstrafe in Höhe von 500,00 EUR.
5. Die Geltendmachung der Vertragsstrafe hat schriftlich unter Begründung der Höhe der Vertragsstrafe zu erfolgen. Der Höchstbetrag der Vertragsstrafenzahlung wird auf 5 % der Gesamtvergütung (bei 6-monatiger Laufzeit) ohne Mehrwertsteuer begrenzt.
6. Weitergehende Schadensersatzansprüche des Auftraggebers bleiben unter Anrechnung der Vertragsstrafe unberührt.

§ 14

Hinweis auf steuer- und sozialversicherungsrechtliche Pflichten

Der Auftragnehmer ist von der Auftraggeberin vor Vertragsschluss darauf hingewiesen worden, dass er (der Auftragnehmer) für die Einhaltung von steuer- und sozialversicherungsrechtlichen Pflichten ausschließlich und allein verantwortlich ist. Dies gilt insbesondere für die evtl. eintretende Rentenversicherungspflicht gem. § 2 Nr. SGB VI (arbeitnehmerähnliche Selbstständigkeit).

§ 15

Anwendbares Recht und Gerichtsstand

Auf dieses Vertragsverhältnis sowie auf Ansprüche, die aus diesem Vertragsverhältnis erwachsen, ist ausschließlich deutsches Recht anzuwenden.

Gerichtsstand ist Bad Aibling, soweit gesetzlich zulässig.

§ 16

Vertragsänderungen

Änderungen und Ergänzungen dieses Vertrages bedürfen der Schriftform. Keine Partei kann sich auf eine vom Vertrag abweichende tatsächliche Übung berufen, solange die Abweichung nicht schriftlich fixiert ist.

§ 17

Salvatorische Klausel

1. Dieser Vertrag bleibt auch dann gültig, wenn einzelne Bestimmungen sich als ungültig erweisen sollten. Die betreffende Bestimmung ist dann so auszulegen, dass die mit ihr ursprünglich angestrebten wirtschaftlichen und rechtlichen Zwecke so weit wie möglich erreicht werden.
2. Ändern sich die maßgeblichen gesetzlichen Bestimmungen und ist deshalb eine Änderung des Vertrages notwendig oder zweckmäßig, sind beide Vertragspartner verpflichtet, notwendige Vertragsanpassungsverhandlungen zu führen.

Bad Aibling, den _____

- Auftragnehmer -

- Auftraggeberin –

Anlagen:

1. Vollständige Ausschreibungsunterlagen in der finalen Version
2. Letztgültiges Angebot des Auftragnehmers